

Kiel, 3. April 2012

Nr. 115/2012

Martin Habersaat:

Ideologie oder Realität?

Zur Debatte um die Schulpolitik erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

„Ideologische Positionen“ werden in der Bildungspolitik immer gerne denen vorgeworfen, die eine andere Position vertreten. Diese würde ich gegenüber dem Eltern- oder Schülerwillen niemals vorziehen. Nun haben sich allerdings die Landeselternbeiräte in Schleswig-Holstein für G8 an Gymnasien und für G9 an Gemeinschaftsschulen ausgesprochen. Aus Ideologie? Oder weil es dem bundesweiten Trend entspricht?

Richtig ist, dass es in anderen Bundesländern andere Ausgangslagen gibt. Rheinland-Pfalz zum Beispiel hat nur einige Gymnasien probeweise zu G8-Gymnasien gemacht. Aber nicht, weil man bei G9 bleiben wollte, sondern weil dort schon immer das Abitur im ersten Halbjahr des 13. Jahrgangs absolviert wurde, man also „G 8,5“ hatte. In Bayern und Baden-Württemberg würde auch ich Handlungsbedarf sehen – weil es dort keine flächendeckende Wahlmöglichkeit gibt. Dort hat sich z.B. der Gesamtschulgedanke nie gegen CDU-Mehrheiten durchsetzen können. Und im Anschluss an die Realschule ist der Sprung auf ein G8-Gymnasium kaum zumutbar. Das ist aber nicht die Lage bei uns.

In Schleswig-Holstein können wir es schaffen, flächendeckend beides anzubieten – G8 am Gymnasium und G9 an der Gemeinschaftsschule. Auf beide Bildungsgänge muss man sich einlassen, beide sind zum Wohl der Kinder zu organisieren. Dazu gehört, dass G8 gut umgesetzt wird und berechnete Anliegen der Kinder und Eltern aufgenommen werden. An den meisten Gymnasien passiert das.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Momentan gibt es in Schleswig-Holstein Kreise, innerhalb derer Eltern kaum umziehen können, weil es von Stadt zu Stadt unterschiedliche Schularten gibt. Das widerspricht dem ebenfalls oft erklärten Elternwillen, am liebsten bundesweit ein einheitliches Schulsystem vorzufinden. Weil wir langfristige Perspektiven für das Schulsystem haben und langfristig verlässlich Bildungspolitik machen wollen, haben wir in unser Programm geschrieben, was wir zu diesem Zweck für richtig halten.